

Zur Vorlage 131 Ratssitzung am 17.06.2008

Seit mehr als 20 Jahren ist die GAW in Vienenburg an den Entscheidungen des Stadtrats beteiligt. Dabei ließ sie sich stets von der Nachhaltigkeit leiten, ein Begriff, der noch längst nicht in allen Politikerköpfen angekommen ist.

Die Vorlage, über die heute zu entscheiden ist, ist in seiner Auswirkung sehr nachhaltig, das heißt, sie wirkt sich auf das Leben in dieser Stadt für zukünftige Generationen aus.

Das Deprimierende an dieser Vorlage ist, dass man den Beschlussvorschlag nicht ablehnen kann, obwohl man andererseits genau weiß, welche Möglichkeiten den Bürgern dieser Stadt zukünftig genommen werden, wenn diese Stadthalle nun nicht gebaut werden wird.

Und wenn man weiß, wie diese Vorlage zustande gekommen ist, so kann ich kaum sagen, ob bei mir nun Wut oder Enttäuschung schwerer wiegt.

Da arbeitet im wichtigsten Ausschuss für den Neubau der Stadthalle, dem Unterausschuss für Kernstadtentwicklung, das Ratsmitglied Brigitte Schäfer, das auch in allen Sitzungen für eine Stadthalle gestimmt hatte, aktiv daran mit, wie der zu erstellende Bau aussehen soll, um dann vor der katholischen Kirche die Besucher mit der Aufforderung zu begrüßen: „Hast du schon gegen die Stadthalle unterschrieben?“

Ich habe seit 1965 verfolgen können, welche große Zahl der unterschiedlichsten Veranstaltungen bis zur Sperrung in der alten Stadthalle stattgefunden hat. Sie, Frau Schäfer, können das sicherlich bestätigen.

Und das ist jetzt alles vorbei: Keine Bälle oder andere Tanzveranstaltungen, Faschings- und Silvesterfeiern, Konzerte, Ausstellungen, Geburtstagsfeiern, Hochzeiten, Jugenddiscos, Seniorennachmittage, Neujahrsempfänge, musikalische Märchen usw.!

Und wie kamen sie dazu, mit einigen anderen CDU-Mitgliedern auf das Trittbretter zu springen, die meinen, eine Stadthalle sei überflüssig?

Ich glaube der Begriff Bauernfängerei hat in Vienenburg eine neue Variante erfahren: Da gehen ein Bauer aus Weddingen und eine Bäuerin aus Lengde los und bringen Informationen unter das Volk, die den Vienenburgern glauben machen sollen, eine neue Stadthalle sei nicht finanzierbar und eine Renovierung der alten Halle sei möglich. Beides war falsch!

Jetzt allerdings haben die Initiatoren des Bürgerbegehrens recht: Nach zahlreichen Interventionen bei den Vertretern des Landes Niedersachsen, die für die Anzahlung der entsprechenden Fördergelder verantwortlich sind, wurde die Mittelvergabe ausgesetzt, womit ein Baubeginn mit den kalkulierten Konditionen unmöglich geworden ist.

Damit tut die Landesbehörde genau das, was sie zu vermeiden vorgibt: Sie greift in die innerörtliche Auseinandersetzung zugunsten der den Neubau ablehnenden Ratsmitglieder ein.

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass sich die Initiatoren des Bürgerbegehrens weniger um die Weiterentwicklung Vienenburgs sorgten, sondern aus politischem Kalkül handelten. Warum sonst dieses Umschwenken? Nur weil sich hier die Gelegenheit bietet, Bevölkerungsanteile auseinander zu dividieren und sich so gegenüber den politischen Mitbewerbern zu profilieren?

Eine gewisse Verbesserung der Haushaltssituation ist zwar nicht von der Hand zu weisen, aber um welchen Preis?

Die Kultur im weitesten Sinne und damit das soziale Miteinander bleiben auf der Strecke. Nur weil sie vielleicht nicht zu den Nutzern der Stadthalle gehörten, bedeutet das doch nicht, dass wir keine Stadthalle brauchen.

Wie gesagt, die Stadthalle wäre eine Investition in die Zukunft Vienenburgs gewesen. Aber solch ein Veranstaltungsort ist nun für die nächsten Jahre unerreichbar.

Mit ihrem Erfolg haben sie der Stadt einen Bärendienst erwiesen. Nun begraben Sie dieses Projekt, das in den letzten Jahren so viel Zeit und Energie gekostet hat.

In 3 Jahren können sie dann in ihre CDU-Broschüre schreiben:
Größte Leistung in der vergangenen Wahlperiode ist die Verhinderung eines Neubaus der Stadthalle. Herzlichen Glückwunsch!

Zum Abschluss meiner Ausführungen möchte ich noch eine kurze Bemerkung an die Presse richten:

Ich hätte gedacht, dass die GZ in einer für Vienenburg so wichtigen Angelegenheit durch das Unterschlagen von Leserbriefen, drastisches Kürzen von Presseerklärungen und einseitigen Kommentaren derart unfair in die Meinungsbildung eingreift. Diese Form der Berichterstattung habe ich bei dieser Zeitung nicht für möglich gehalten. Aber man lernt eben nicht aus!